

# Alexander Horlamus

## Rede zum Politischen Aschermittwoch 2017 in Schwarzenbruck

am Aschermittwoch ist alles vorbei? Ja, ja. Die Union hofft, dass die Party bald vorbei ist und sie ihren Kater am Morgen danach behandeln kann. Da müssen wir die Schwarzen aber enttäuschen! Im Gegenteil: Wir machen ernst – und haben Spaß dabei! Denn mit Martin Schulz in den Wahlkampf zu ziehen, ist wie mit einem Hochgeschwindigkeitszug – klar: ohne Bremsen! – Richtung Kanzleramt. Adrenalin pur. Ich freue mich darauf.

Was Martin frei gesetzt hat – bei altgedienten Genossinnen und Genossen genauso wie bei jungen Menschen ohne Parteibuch – das ist atemberaubend. Wir wussten immer, dass mehr als 20 Prozent drin sind. Denn wir machen die gute Politik in der Regierung: Wir kümmern uns um alle im Land. Nicht die Union.

Mit einer tollen Rede im Willy-Brandt-Haus und einem Paukenschlag hat er den Deckel geöffnet – und die SPD schnellte steil nach oben. Viele Tausend neue Mitglieder. Mitgliederstärkste Partei. Umfragewerte von 31 Prozent und mehr. Einige Meinungsforscher sehen uns vor CDU/CSU. Liebe Kritiker, liebe Schwarzmalter, liebe Demokratiefeinde: Ihr werdet euch noch umschaun! Der Zug rollt. Und zwar mit voller Kraft.

Vor uns allen liegt ein Jahr, das fundamentale Weichenstellungen bringen wird. Für Deutschland. Für Europa und für die ganze Welt.

Der Blick zurück auf das Jahr 2016 kann einem da schon den Atem verschlagen. Es ist viel passiert, von dem wir alle geglaubt hatten, dass es niemals passieren könnte.

### **[Trump]**

Beispiel USA. Da wird ein Baulöwe, Multimillionär und Veranstalter von Schönheitswettbewerben zum mächtigsten Mann der Welt gewählt. Im Wahlkampf haben wir Trump lange Zeit für einen Scherz gehalten, einen schlechten Scherz. Ein Großsprecher und Pöbler, der Frauen, Menschen mit Behinderungen und Minderheiten beschimpft und verhöhnt. Einer, der über kein einziges durchdachtes politisches Konzept verfügt. Für den Belgien eine wunderschöne Stadt ist.

Als Trump Anfang Januar ins Weiße Haus einzieht, macht er tatsächlich ernst. Mit Dekreten, die er fast im Stundentakt herausposaunt:

- Obamacare, die Krankenversicherung. Weg damit!
- Die Mauer zu Mexiko. Wird gebaut.
- Folter. Warum nicht? Wirkt doch.
- Die EU. Soll sie doch auseinander brechen. Wäre gut für Amerika – glaubt er...
- Putin? Guter Mann. Mit ihm kann man gute Deals machen.

Und so weiter. Und so weiter.

Wahrheit? Fakten? Die werden einfach zur Seite geschoben. Der Fotobeweis, dass viel mehr Menschen bei Obamas Amtseinführung waren, wird von Trump einfach ignoriert. Er steht auf „alternative Fakten“.

Das ist zum Lachen – und doch bitterer Ernst. Die USA waren Jahrzehnte für Millionen Menschen der Inbegriff von Freiheit und ein Versprechen für gesellschaftliche Aufstiegschancen. Jetzt droht das Land zu einem Hort der Finsternis zu werden. Ein Land, das sich einmauert. Ein Land, das Menschen ausgrenzt und Muslimen die Einreise verwehrt. Ein Land, in dem sich Reiche schamlos weiter bereichern können. Ein Land, das die Stärke des Rechts durch das Recht des Stärkeren ersetzen will.

Leider ist Trump nicht der Einzige, der auf einer weltweiten nationalistischen und populistischen Welle schwimmt und unsere demokratischen und offenen Gesellschaften herausfordert.

### **[Europa]**

Beispiel Großbritannien. Mit Hetze gegen osteuropäische Arbeitskräfte und mit offensichtlichen Lügen haben es die Rechtspopulisten geschafft, eine knappe Mehrheit für den Brexit zu mobilisieren.

Das Kind war in den Brunnen gefallen und der konservative Ministerpräsident David Cameron verlässt – leise vor sich hin pfeifend – die Bühne. Und seine Nachfolgerin Theresa May muss bekennen, dass es keinen Plan für den Brexit gibt. Sie will eine zweite Maggie Thatcher sein? Eine eiserne Lady? Eines kann sie sich gleich abschminken: Mit uns gibt es keine Rosinenpickerei beim Brexit! Freie Warenmärkte ohne Arbeitnehmerfreizügigkeit? Nicht mit uns.

Beispiel Osteuropa: In Ungarn und Polen schränken nationalistische Regierungen in einem fort die Meinungs- und Pressefreiheit ein. Auch die Rechte ihrer Parlamente werden beschnitten.

Hören wir doch dazu mal den ungarischen Ministerpräsidenten – und in Klammern: Horst-Seehofer-Freund – Victor Orban. Der hat kurz nach der Bekanntgabe über unseren Kanzlerkandidaten Martin Schulz gesagt: „Dieser Kandidat versteht nicht die drei wichtigen Dinge der europäischen Politik: Religion, Nation, Markt.“

Das, Herr Orban, muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Was sind für Sie die wichtigsten Dinge Europas? Religion? Nation? Markt?

Das ist so ziemlich genau das Gegenteil von dem, um was es wirklich geht.

Wir müssen streiten für Weltoffenheit und Toleranz. Wir streiten für Frieden und internationale Zusammenarbeit. Wir streiten für Gerechtigkeit und den Vorrang der Politik vor den Märkten.

Und dann gibt es noch Erdogan, den neuen Sultan am Bosphorus. Der gerade dabei ist, Atatürks Demokratie in eine Diktatur zu verwandeln.

Dunkle Wolken im Osten. Und auch bei unserem Nachbarn im Nordwesten stehen die Zeichen in diesem Jahr auf Sturm. Die Niederländer wählen am 15. März. Hier steht mit Geert Wilders einer der größten Brunnenvergifter Europas zur Wahl.

Am 23. April und am 7. Mai wählen die Franzosen ihren neuen Präsidenten. Oder Präsidentin? Hier tritt die Vorsitzende des Front National Marine Le Pen an. Die bekannteste europäische Rechtspopulistin ist hoffentlich nur eine „Scheinriesin“. Die Chance ist da, sie zu verhindern. So wie die Österreicher bei der Präsidentenwahl im letzten Dezember den Rechtsaußen Norbert Hofer ins politische Abseits geschickt haben.

## **[SPD]**

Man könnte fast sagen: Für eine gute Wetterlage und gute Stimmung braucht es uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten! Wir sorgen für die Lichtblicke!

Mit Frank-Walter Steinmeier ist am 12. Februar der dritte Sozialdemokrat in das höchste Amt der Bundesrepublik gewählt worden. Wie seine Vorgänger Gustav Heinemann und Johannes Rau steht Frank-Walter für die besten Seiten Deutschlands.

Bertold Brecht hat in der ersten Strophe seiner Kinderhymne auch den Anspruch an ein Staatsoberhaupt formuliert:

„Anmut sparet nicht, noch Mühe  
Leidenschaft nicht, noch Verstand  
Dass ein gutes Deutschland blühe  
Wie ein andres gutes Land.“

Frank-Walter Steinmeier wird als Bundespräsident – wie kein Zweiter – diesem Anspruch gerecht. Viel Erfolg in Deinem neuen Amt, Frank-Walter!

Und mit Martin Schulz haben wir einen herausragenden Kanzlerkandidaten. Ein Mann mit Herz und Verstand.

Dass Martin die Menschen begeistern kann, hat er längst gezeigt. Steigende Umfragewerte und eine Eintrittswelle, wie es sie es seit Willy Brandt nicht mehr gegeben hat. Druckereien mussten Nachtschichten einlegen, da uns die Parteibücher aus den Händen gerissen werden.

Martin Schulz hat gleich klar gemacht, worum es 2017 geht: „Die SPD will dieses Land führen. Und ich will Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden.“

Der Zug rollt. Jetzt kämpfen wir alle. Für Martin. Und für die SPD.

Auf der Strecke bis zur Bundestagswahl am 24. September liegen noch ein paar Etappen. Wichtige Meilensteine.

Am 26. März wählt das Saarland. Unsere Spitzenkandidatin ist die saarländische Wirtschafts- und Arbeitsministerin Anke Rehlinger. Viel Erfolg, Anke!

Am 7. Mai tritt Torsten Albig in Schleswig-Holstein an, um als Ministerpräsident wiedergewählt zu werden. Auch Torsten wünsche ich viel Erfolg!

Am 14. Mai dann Nordrhein-Westfalen. 17,5 Millionen Menschen werden zu den Wahlurnen gerufen. Hannelore Kraft ist Ministerpräsidentin des größten Bundeslandes. Und sie soll es auch bleiben. Denn ihr gelingt es, NRW jeden Tag ein Stück stärker, sozialer und gerechter zu machen. Lasst sie uns mit aller Energie unterstützen. Viel Erfolg, Hannelore!

### ***[Die politische Konkurrenz]***

Von NRW wird am 14. Mai ein kraftvolles Signal ausgehen. Rückenwind für die heiße Phase im Bundestagswahlkampf. Die SPD kehrt zurück zu alter Stärke.

Das macht die anderen Parteien unruhig, vor allem CDU und CSU. Gute Argumente gegen uns haben sie nicht. Was tun sie also? Mit Dreck werfen! Sie stecken den Medien falsche Nachrichten zu, um Martin und die SPD anzugreifen. Kein Fairplay. Die AfD dichtet natürlich auch fleißig ihre Lügengeschichten. Von ihr haben wir aber auch nichts anderes erwartet. Ein durchschaubares Spiel, auf das die Wählerinnen und Wähler nicht reinfallen werden. Dennoch lohnt sich der Blick auf die politische Konkurrenz.

Da wäre zuerst die Bundeskanzlerin. Angela Merkel ist in ihrer Partei und in der Bevölkerung umstritten wie nie zuvor in ihrer Kanzlerschaft. Zu oft hat sie allein entschieden. Zu oft hat sie es versäumt, den Menschen ihre Politik zu erklären. Angela Merkel hat sich von der Bevölkerung entfernt. Sie hat den Zenit ihrer Kanzlerschaft lange überschritten.

Beispiel Europa. Merkel hat zugelassen, dass Deutschland in der EU als Oberlehrer aufgetreten ist. Ganz vorne dabei: Wolfgang Schäuble. In der Finanzkrise und der Flüchtlingsfrage hat sie die Chance verpasst, Europa weiter zu einen. Neid, Missgunst und Egoismus sind stattdessen in Europa wieder hoffähig geworden. Das ist die Saat für den Aufstieg der Rechtspopulisten in Ungarn, Polen, Niederlande und Frankreich.

Merkels Zeit als starke Frau Europas läuft ab. Dabei wird jetzt immer klarer, wie wichtig die EU ist. Einklemmt zwischen Brexit und Trumps Devise „Amerika first“ wird die EU nur bestehen können, wenn sie einig ist und geschlossen

handelt. Wenn die EU zerbricht, wie Trump es sich wünscht, steht das größte Friedensprojekt seit dem zweiten Weltkrieg auf dem Spiel.

Für ein geeintes und solidarisches Europa steht Martin Schulz wie kein zweiter.

Aber auch in Deutschland verliert die Kanzlerin dramatisch an Zuspruch und Unterstützung. Längst sind viele in der Union der Meinung, dass sich Merkel viel zu weit von den sogenannten „konservativen Werten“ entfernt hat – zum Beispiel vom traditionellen Familienbild, bei dem der Mann arbeitet und die Frau am Herd steht und auf die Kinder aufpasst.

Offen angefeindet wird die Kanzlerin seit längerem schon aus der CSU. Beim CSU-Parteitag 2015 demütigt Seehofer sie auf offener Bühne. Darauf hin erscheint Merkel zum CSU-Parteitag 2016 erst gar nicht. So etwas gab es noch nie unter den Schwesterparteien.

Und dann das vermeintliche Versöhnungstreffen von Horst und Angela Anfang Februar. Eiskalt ging es da zu. Der Kuss der bösen Schneekönigin aus Andersens Märchen kann nicht frostiger gewesen sein. Der offene Streit spitzt sich im Umgang mit Flüchtlingen weiter zu. Ohne eine Obergrenze will Seehofer in keine Koalition. Damit legt er Merkel ein ordentliches Pfund auf die Schultern. Denn sie lehnt bislang eine Obergrenze strikt ab. Wir sind gespannt auf den nächsten Akt im Intriganten-Stadel.

Mehr zum aktuellen Stand des Obergrenzen-Scharmützels weiß aber offensichtlich Julia Klöckner. „Wir reden über einen Promillebereich, in dem wir unterschiedlicher Meinung sind“, sagte Klöckner jüngst. In ihrem früheren Leben war sie mal Weinkönigin. Da sollte sie wissen, dass auch wenige Promille reichen, um im Graben zu landen.

Zurück zu Seehofer. Der sieht seine Hauptaufgabe offensichtlich immer mehr darin, seine Macht in Bayern zu sichern und mögliche Nachfolger wegzubeißen. Seinen Finanzminister Markus Söder – der Laiendarsteller im Staatstheater – würde er am liebsten sofort nach Berlin ins Bundeskabinett verschicken, um ihn endlich los zu werden.

Söder riecht den Braten und weigert sich. Seehofer legt nach und das mit Schmackes. „Wer jeden Tag einen Förderbescheid überreicht, ist noch lange kein Stratege“, kanzelt er Söder ab.

Seehofer sieht sich hingegen immer mehr als König Horst-Ludwig der Zweite. Und lobt in der BILD am Sonntag die „Konsequenz“ und die „Geschwindigkeit“, mit der sein Gesinnungsgenosse Trump seine Wahlversprechen Punkt für Punkt umsetzt. Für die politischen Prozesse in unserem Land hat Seehofer nur Spott übrig: „In Deutschland würden wir da erst mal einen Arbeitskreis einsetzen, dann eine Prüfgruppe und dann noch eine Umsetzungsgruppe.“

Ja. So hätte das der bayrische Westentaschen-Trump wohl gerne: vom Thron seines Schlosses Neuschwanstein ein Dekret nach dem nächsten auf seine bayrischen Untertanen niedergehen lassen und dann noch die Kanzlerin zum Canossagang empfangen.

Aber das wird nichts, Herr Seehofer. Da sind wir sicher. Denn erst vor kurzem durften wir erfahren, dass er zum letzten Rettungsring greift, um den Absturz seiner CSU zu verhindern:

Er lässt, ich kann es kaum glauben,  
Karl-Theodor Maria Nikolaus Johann Jacob Philipp Franz Joseph Sylvester  
Buhl-Freiherr von und zu Guttenberg  
im bayrischen Wahlkampf auftreten.

Erinnern Sie sich, wer das war? Der deutsche Meister des Plagiats. Der seine Doktorarbeit zusammenklaut. Und darauf sein Ministeramt niederlegen musste. Er verschwand in die USA – ausgerechnet...

Bayern-Ei:

Wir leben doch in einem sehr zivilisierten Land. Alles ist geregelt und meist auch gut kontrolliert. Wenn an Ihrem Fahrrad ein Katzenauge, ein Reflektor fehlt, müssen Sie damit rechnen, dass die Polizei Sie anhält und schimpft. Das ist ja auch prinzipiell richtig so. Aber warum funktioniert das im Zuständigkeitsbereich des bayerischen Verbraucherministeriums nicht mindestens genauso gut?

Wenn da zum Beispiel festgestellt wird, dass das Unternehmen Bayern-Ei in Niederbayern, das Hunderttausende, ja Millionen Eier produziert, mit gefährlichen Salmonellen verseucht ist, dann passiert erst einmal gar nichts. Keine Warnung an die Verbraucher, kein vollständiger Rückruf der infizierten Eier, keine Schließung des Betriebs. Wie soll man das verstehen?

Laut Staatsanwaltschaft Regensburg haben sich wohl 187 Menschen in Bayern, in Deutschland, in Österreich, in Frankreich durch diese salmonellenverseuchten Eier angesteckt. Ein Mensch ist sogar daran gestorben! Und was versucht die zuständige Ministerin Ulrike Scharf der Öffentlichkeit weiß zu machen? Keine Gefahr, es sind gar keine verseuchten Eier in den Handel gekommen. Wie sollen sich denn dann die Erkrankten angesteckt haben? Voodoo-Zauber?

An diesem Beispiel zeigt sich das ganze Dilemma der CSU-Verbraucherpolitik. Die Firmen werden geschont und mit Samthandschuhen angefasst. Und die Menschen die sich darauf verlassen müssen, dass die Lebensmittelkontrolle funktioniert, die werden im Stich gelassen. 64 Erkrankte gab es laut Staatsanwaltschaft durch diesen Fall allein in Bayern.

Aus verschiedenen anderen Staaten kamen da schon Nachfragen, was denn da bei Bayern-Ei los ist. Doch das bayerische Verbraucherministerium unternimmt nichts. Die Ministerin behauptet sogar öffentlich im Landtag, dass es gar keine Erkrankungen im Freistaat durch Bayern-Ei gegeben hat.

Wozu brauchen wir denn eine solche Ministerin, die ihre einzige Aufgabe, nämlich die Verbraucher zu schützen, nicht erfüllt? Frau Scharf muss zurücktreten. Sie hat Falschinformationen verbreitet, um sich und ihren Amtsvorgänger Marcel Huber zu schützen. Das ist ihr wichtiger als das Wohl der Verbraucher.

Das lassen wir der CSU-Staatsregierung nicht durchgehen. Wir werden das ganze unappetitliche und skandalöse Geschehen mit einem Untersuchungsausschuss im Landtag aufklären. Schließlich müssen solche Fehler für die Zukunft abgestellt werden. Das darf sich nicht mehr wiederholen.

Nun zu einer anderen Luftnummer: die FDP.

Wer? Ist da noch was?

Ja, da muss man schon genau hinschauen, um noch etwas zu finden. Am Ende stößt man dann nur noch auf Christian Lindner, die FDP-One-Man-Show.

Danach kommt lange niemand. Und dann der Käpt'n Blaubär von der Ostseeküste, Wolfgang Kubicki.

Um es kurz und im Anklang an ein altes Arbeiterlied zu sagen:  
Lindner hör' die Signale, auf zum letzten Gefecht!

Denn wenn die FDP am 24. September erneut an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert, war es das mit der großen alten liberalen Partei. Dann wird die Partei von Theodor Heuss, Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Gerhard Baum oder Hildegard Hamm-Brücher nur noch im Haus der Geschichte in Bonn zu finden sein.

Die FDP – eine Partei, die einst für Bürgerrechte und Bürgerfreiheiten stand und dann von den Westerwelles und Röslers zu einer Klientelpartei und Partei der Besserverdienenden geschrumpft wurde.

Aber die FDP ist nicht der einzige Krisenfall. Da gibt es zum Beispiel auch noch die Linkspartei.

Im Westen gebührt ihr weiterhin der Preis für die beste Nebenrolle. Einfluss hat sie dort nicht. Sie bleibt hier ein Sammelbecken für Altkommunisten, Linkssektierer und gescheiterte Mächtgern-Politiker.

Und in Ostdeutschland bröckelt – jedes Jahr ein Stück mehr – ihre Basis und läuft in Scharen zu den Rechtspopulisten über. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern wechselten 16.000 Links-Stimmen direkt zur AfD, bei den Wahlen in Berlin 12.000.

Diese Erosion treibt die Linken-Spitze vor aller Augen in die Verzweiflung. Besonders Sarah Wagenknecht – die selbsternannte Rosa-Luxemburg der Generation Facebook – verliert dabei zunehmend die Orientierung.

Mit rechten Parolen wie etwa „Wer sein Gastrecht missbraucht, hat es verwirkt.“ versucht Wagenknecht, ehemalige Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen. Und das zum Entsetzen der übrigen Parteispitze der Linken.

Aber es kommt noch besser. Wagenknecht trifft sich sogar mit Frauke Petry zum gemütlichen Plausch bei der FAZ-Sonntagzeitung. Von der Ablehnung des Euro bis zur Ablehnung des Freihandels streifen die beiden alle Themen, die linken und rechten Nationalisten besonders am Herzen liegen. Petry ist vom Verlauf des Gesprächs begeistert: „Damit haben Sie gerade AfD-Positionen referiert, Frau Wagenknecht“ – so die Rechtsaußen zur Linksaußen.

Dabei weiß Wagenknecht natürlich genau, mit wem sie da flirtet. Sie flirtet mit einer Partei, die Rassismus und offenen Faschismus in ihren Reihen duldet. Eine Partei, die versucht, die Grenzen des Anstands immer weiter nach rechts zu verschieben.

Da spricht zum Beispiel Björn Höcke, der Oberhelfer der rechten Nationalisten, über das Holocaustmahnmal in der Mitte Berlins als „Denkmal der Schande“.

Wie bitte? Eine Schande, die nie wieder gut zumachen ist, sind die Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Nazis, die Ermordung von Millionen anderer Menschen, der Angriff auf unsere Nachbarländer, der mörderische Weltkrieg, den Deutschland zu verantworten hatte, die zerstörten Städte und Dörfer, die Millionen von entwurzelten und vertriebenen Menschen.

Wir Sozialdemokraten werden nie vergessen und immer daran erinnern, dass es die Hitler-Faschisten waren, Hand in Hand mit Reaktionären und Deutsch-nationalen, die unser Land in die größte Katastrophe seiner Geschichte getrieben haben.

Und dann spricht dieser Höcke von einer „dämlichen Bewältigungspolitik“ und fordert eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“. Und das lässt die AfD ihm durchgehen. Anstatt ihn sofort rauszuschmeißen, leitet die Parteispitze Wochen später halbherzig „Ordnungsmaßnahmen“ gegen ihn ein.

Das Schema ist bei den Rechtspopulisten immer das Gleiche. Drei Schritte nach rechts, ein weiteres Tabu brechen. Dann so tun, als sei man missverstanden worden und einen Schritt zurückgehen. So verschieben sie die Grenze immer weiter in Richtung Rechtsextremismus.

Und deshalb ist es auch richtig und wichtig, wenn Martin Schulz sagt: „Die Partei der Höckes, Gaulands und Petrys ist keine Alternative für Deutschland, sondern sie ist eine Schande für die Bundesrepublik.“

Jeder, der seine Stimme für die Rechtspopulisten abgibt, kann sich ab jetzt nicht mehr damit rausreden, er habe nicht gewusst, für wen er da gestimmt habe. Wie es schon jetzt Abertausende Amerikanerinnen und Amerikaner tun, die per Twitter bedauern, dass sie mit ihrer Stimme einen „Taliban“ zum Präsidenten gewählt haben. Einen, der nichts anderes im Sinn hat, als Amerikas Demokratie und die Grundwerte der freien Welt zu zerstören.

Unser Versprechen gilt – heute wie früher: Die SPD ist das Bollwerk gegen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit. Wie sie es immer in ihrer 154-jährigen Geschichte war. Keine Chance den rechten Hetzern und Brandstiftern!

Dafür und für eine starke Sozialdemokratie kämpfen wir in diesem Jahr. Eine Partei, die einen der ihren, Martin Schulz, ins Kanzleramt bringen will. Und ins Kanzleramt bringen wird.

### ***[Unsere Politik]***

Martin stellt die „Soziale Gerechtigkeit“ ins Zentrum seines Wahlkampfes.

Ist es gerecht, wenn Menschen, die Vollzeit hart arbeiten, trotzdem auf Geld vom Staat angewiesen sind, um gerade mal so eben durchzukommen?

Ist es gerecht, wenn sich Familien kaum noch einen Urlaub leisten können, weil das Geld gerademal reicht, um die steigende Mieten und die notwendige private Altersvorsorge zu zahlen?

Ist es gerecht, wenn der Bäcker an der Ecke ehrlich seine Steuern zahlt, während Großkonzerne Milliarden Gewinne in Deutschland machen und diese ins Ausland verschieben, um bei uns so gut wie keine Steuern zu zahlen?

Söder/Apple:

Niemand zahlt gerne Steuern. Aber jeder weiß, ohne Steuern würde unser Gemeinwesen, unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Straßen, Sicherheit, Krankenhäuser, Schulen. All dafür braucht der Staat Geld. Und solange jeder seinen fairen Anteil dafür zahlt, ist das auch in Ordnung.

Doch leider machen sich vor allem die reichsten der Reichen gerne mal einen schlanken Fuß. Während bei jedem braven Arbeitnehmer die Steuern direkt vom Gehalt abgezogen werden, lassen sich Multimillionäre und Großkonzerne immer neue Tricks einfallen, wie sie sich um ihren Anteil drücken können.

Und für dieses unsoziale, ungerechte Verhalten bekommen sie sogar noch Applaus vom bayerischen Finanzminister Markus Söder. Er, der sich eigentlich darum kümmern sollte, diese Trickser und Betrüger zu fassen, hat Verständnis

dafür, dass zum Beispiel der amerikanische Technologiekonzern Apple in Deutschland keine Steuern zahlt.

Die verdienen sich dumm und dämlich, kassieren Milliarden und Abermilliarden Euro und beteiligen sich nicht an den Kosten unseres Gemeinwesens. Die EU-Kommission will nun, dass Apple 13 Milliarden Euro nachzahlt wegen der Steuertricks. Das wäre nur fair, schließlich profitiert der Konzern auch von den sicheren gesellschaftlichen Verhältnissen hier bei uns.

Doch was macht der Herr Söder? Er stellt sich schützend vor Apple! Ich weiß, dass er selbst auch ein Apple iPhone besitzt, aber deswegen muss er den Multis nicht aus Dankbarkeit auch noch unser Geld schenken! 13 Milliarden Euro!

Was könnte man damit nicht alles Wertvolles bei uns finanzieren? Kostenfreie Kindergärten, vernünftig sanierte Schulen, mehr Hilfe für Pflegebedürftige und Ältere. Aber nein, unser Finanzminister schickt das Geld lieber nach Amerika. Ein sehr eigenwilliges Verständnis von Steuergerechtigkeit, Herr Söder. Das lassen wir ihnen nicht durchgehen!

Ist es gerecht, wenn Milliarden aufgebracht werden, um Banken zu retten, während unsere Schulen oder Polizeiwachen verrotten?

Ist es gerecht, wenn Finanzmanager oder Konzernchefs Millionen verzocken oder Unternehmen an die Wand fahren und dafür noch mit exorbitanten Boni oder Ruhegeldzahlungen belohnt werden?

Ich habe manchmal den Eindruck, dass bei Teilen der deutschen Wirtschaftselite jegliches Gefühl für Maß, Anstand und Verantwortung verloren gegangen ist. Die haben aus Merkels „Wir schaffen das!“ einfach „Wir raffen das!“ gemacht. Auch so kann man den notwendigen Zusammenhalt einer Gesellschaft zerstören.

Wir werden wieder für mehr Gerechtigkeit sorgen und neues Vertrauen in unseren Sozialstaat und unsere Demokratie aufbauen. Dafür stehen wir. Und dafür tritt Martin Schulz an.

Wir wollen, dass die Löhne steigen. Dass die enormen wirtschaftlichen Gewinne der deutschen Unternehmen auch bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ankommen. Denn gute Löhne sind die Voraussetzung für eine Rente, von der wir später auch in Würde leben können.

Wir wollen, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit endlich auch gleich bezahlt werden.

Wir wollen, dass Menschen, die ganz wichtige Arbeiten leisten – sei es in der Pflege, im Krankenhaus, bei der Polizei oder anderswo – endlich einen angemessenen Lohn bekommen.

Wir brauchen intakte und funktionierende Schulen, gute Straßen und solide Brücken, öffentliche Buslinien auch in kleinen Dörfern, schnelles Internet überall. Kurz gesagt: eine moderne Infrastruktur, wie sie Menschen in einem so hoch entwickelten Land wie Deutschland nun einmal brauchen.

Darein wollen wir investieren. Denn davon profitieren alle – egal ob sie am Monatsende 1.000 Euro oder 20.000 Euro auf der Gehaltsabrechnung stehen haben. Seien wir ehrlich: Von Steuergeschenken mit der Gießkanne, wie sie jetzt wieder CDU/CSU versprechen, haben doch die am meisten, die schon das dicke Ende von der Wurst in der Hand halten. Und nicht diejenigen mit den kleinen und mittleren Einkommen, denen eh schon so wenig für ihren Alltag bleibt, dass sie sowieso kaum oder gar keine Steuern zahlen müssen. Ihnen müssen wir unter die Arme greifen! Viele von ihnen haben Kinder in der Schule und versorgen vielleicht sogar gleichzeitig die pflegebedürftigen Eltern. Wir müssen dafür sorgen, dass sie nicht die Krätsche machen – finanziell, körperlich und seelisch. Für diese Leute machen wir Politik.

Mehr Geld in der Tasche ist das eine. Wir wollen aber auch das Beste für unsere Kinder. Krippen, Kitas und Ganztagschulen müssen die Schmuckstücke in unseren Städten und Gemeinden sein. Nicht die Paläste der Banken und Versicherungskonzerne.

Wir wollen mehr Sicherheit. Wir wollen viel mehr gegen Alltagskriminalität, Vandalismus, Wohnungseinbrüche und Taschendiebstähle tun. Dazu brauchen wir aber nicht schärfere Gesetze, sondern schlicht mehr Polizei und Sicherheitskräfte auf der Straße.

Bayern ist sehr sicher, ohne Zweifel. Jedenfalls was den Vergleich der Kriminalitätszahlen betrifft. Aber leider ist die Sicherheit auf Kosten unserer Polizeibeamten teuer erkaufte. Die Überstundenbelastung der bayerischen Polizei hat ein Rekordniveau erreicht. Sie liegt derzeit bei über 2 Millionen, so hoch wie noch nie. Im Jahr 2013 waren es noch 1,3 Millionen Stunden gewesen.

Die Gründe für diese Überlastung unserer Sicherheitskräfte sind mannigfaltig: neben Großeinsätzen wie z.B. dem G7-Gipfel auf Schloss Elmau ist sicherlich die angespannte Sicherheitslage aufgrund der Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus ein Hauptgrund. Hinzu kommt aber, dass die Einwohnerzahl im Freistaat zwischen 2011 und 2016 um über 400.000 Menschen angewachsen ist. Die meisten davon kamen übrigens aus anderen deutschen Bundesländern.

Leider hat die CSU-Staatsregierung nicht in entsprechendem Maße auch die Zahl der Polizisten nach oben angepasst. Es ist doch völlig klar: Wo es mehr Einwohner gibt, braucht man auch mehr Polizei. Inzwischen sieht das auch die CSU ein. Nur leider zu spät. 2000 neue Stellen sollen geschaffen werden, aber bis die künftigen Polizisten ihre Ausbildung durchlaufen haben, vergehen weitere 4 Jahre!

Die Vorschläge der SPD für eine schnelle Entlastung liegen auf dem Tisch: Wieso müssen eigentlich Polizisten Schwertransporte begleiten? Und wieso stimmt die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag dagegen, mehr Bürokräfte zur Entlastung der Polizisten von Schreibearbeiten einzustellen? Es gäbe ganz einfache, praktikable Lösungen, aber die CSU blockiert. Nur im Reden sind die Schwarzen gut.

Und schauen wir uns doch auch mal die Situation bei der Bundespolizei an. Diese Beamten sollen für Sicherheit in der Bahn und an den Grenzen sorgen. Wichtige Aufgaben, ohne Zweifel. Aber wieso haben die Bundesinnenminister von CDU und CSU hier seit 2009 insgesamt 1500 Stellen gestrichen? Seit 2005 stellen die Schwarzen die Bundesinnenminister. Vor dem aktuellen Amtsinhaber Thomas de Maizière von der CDU war das Hans-Peter Friedrich von der CSU. Die sind für den Stellenabbau verantwortlich. Erst seit der Großen Koalition, seit 2015, werden, auf Drängen der SPD, wieder neue Stellen geschaffen.

Wir Sozialdemokraten stehen für Innere Sicherheit und sind insbesondere die Anwälte unserer Polizisten. Je mehr Aufgaben hier anfallen, desto mehr Personal wird benötigt. Hierfür setzen wir uns ein. Nur so können unsere Polizistinnen und Polizisten ihren Dienst weiterhin so gut und bürgernah verrichten.

Es waren Union und FDP, die die Stellen bei der Polizei zusammengestrichen haben, weil sie einen schlanken Staat forderten. Sie haben den Öffentlichen Dienst beschnitten, wo immer das möglich war. Nach 12 Jahren wird es deshalb

Zeit, dass wieder ein Sozialdemokrat oder eine Sozialdemokratin das Bundesinnenministerium übernimmt, um hier die Wende einzuleiten.

Wir wollen eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium. Denn nur dann haben Kinder, die aus einem Elternhaus mit kleinem Geldbeutel kommen, die Bildungschancen, die sie verdienen.

Wir wollen bezahlbare Wohnungen auch in attraktiven Städten. Dafür müssen wir den sozialen Wohnungsbau wieder ankurbeln. Und zwar mit Schmackes. Denn nur so erreichen wir, dass Menschen mit kleineren Einkommen nicht weiter in die Außenbezirke und Vorstädte verdrängt werden.

Wohnungen/GBW:

Kommen wir zu einem der drängendsten Probleme, nicht nur in den bayerischen Metropolen, sondern auch in Hochschul- und Boom-Städten: Die Wohnungsnot. Selbst mit mittleren Einkommen ist es für Familien oft schon schwierig, bezahlbare Mietwohnungen zu finden. Dagegen hilft nur eines: der Bau neuer Wohnungen. Und zwar schnell. 100.000 Wohnungen in den nächsten fünf Jahren wären nötig.

Unser Bundesbaustatssekretär Florian Pronold hat das erkannt und die Gelder für Wohnungsbau im Bundeshauhalt verdreifacht. Doch was macht die CSU-Staatsregierung? Sie halbiert die staatliche Wohnungsbauförderung für 2017 nahezu. Das ist so absurd wie skandalös. Die Wohnungssuchenden, die Mieterinnen und Mieter werden einfach im Stich gelassen.

Aber das passt zum ganzen bisherigen Verhalten der CSU-Staatsregierung. 33.000 Wohnungen der früher staatlichen Wohnungsbaugesellschaft GBW hat Finanzminister Markus Söder, der kalte Markus, 2013 einfach so an dubiose Investoren verhökert. Das Schicksal der Mieterinnen und Mieter war ihm schlicht egal.

Es hat ihn ja noch nicht einmal interessiert, wer die neuen Eigentümer sind. Das musste er jetzt auf unseren Druck hin zugeben. In einer schriftlichen Antwort schreibt Herr Söder. Ich zitiere wörtlich: „Genaue Informationen über [...] die Gesellschafter- und Eigentümerstruktur, das dahinterliegende Firmenkonstrukt [...] lagen dem Staatsministerium [...] beim Verkauf nicht vor.“

Das ist doch unglaublich! Einfach weg mit den Wohnungen. Einfach die Mieterinnen und Mieter irgendwelchen Finanzinvestoren in den Rachen werfen. So sieht die Wohnungspolitik der vermeintlich christlichen und sozialen Union CSU in Wahrheit aus. Das werden wir Finanzminister Söder nie verzeihen. So geht man nicht mit Menschen um. Wohnen ist ein Menschenrecht. Und er tritt es mit Füßen. Pfui!

Unser Programm für mehr Wohnungen ist klar. Die SPD setzt auf besseren Mieterschutz, auf mehr Wohnungsbau und auch auf staatliche Unterstützung für die Menschen in den Ballungsräumen. Der Staat muss selbst Geld in die Hand nehmen, um die Wohnungsnot zu lindern. Und zwar jetzt, sofort.

Wir wollen für unsere Kinder und Enkel eine gesunde Umwelt erhalten. Um dies zu erreichen, brauchen wir internationale Klimaschutzabkommen genauso wie eine nachhaltige Landwirtschaft. Wir brauchen Bauern, die natürliche und gesunde Lebensmittel herstellen. Das müssen wir fördern – und nicht Megaställe und das massenhafte Verfüttern von Antibiotika.

### ***[Martin Schulz]***

Mit Martin Schulz haben wir den Mann an unserer Spitze, der wieder für gerechte Verhältnisse in Deutschland sorgen wird. Er stellt die Menschen in den Mittelpunkt, die den Laden am laufen halten. Die ehrenamtlich als Übungsleiter im Sportverein arbeiten. Die Kassiererinnen im Supermarkt, die ihre Tochter beim Studium unterstützen. Die Kinder, die sich um die Pflege ihrer alten Eltern kümmern. Die kleinen Unternehmer und Handwerker, die jedes Jahr Auszubildende einstellen. Die Polizisten, die oft genug ihren Kopf hinhalten müssen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Schichtdienst malochen.

Martin Schulz ist einer von uns. Ein Sozialdemokrat wie aus dem Lehrbuch.

Martin hat das Gymnasium vor dem Abitur verlassen, wollte Profifußballer werden. Dann verletzte er sich auf dem Sportplatz in seinem Heimatort Würselen schwer am Kniegelenk. Die Fußballkarriere war dahin, Martin verlor den Halt.

Familie und Freunde richtete ihn wieder auf. Er beschloss, mit Mitte 20 ein neues Leben zu beginnen. Er machte eine Buchhändlerlehre. Eröffnete Anfang

der Achtziger einen eigenen Buchladen, den er bis 1994 führte. Den Laden gibt es heute noch.

Schulz trat 1974 in die SPD ein. Ein Kommunalpolitiker voller Überzeugung. Von 1987 bis 1998 war er elf Jahre lang Bürgermeister von Würselen. Hier lernte er Politik von der Pike auf.

1994 wurde Martin zum ersten Mal ins Europaparlament gewählt. Von 2004 bis 2012 führte er die sozialdemokratische Europafraktion als ihr Vorsitzender.

2012 wurde Martin Schulz zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Martin Schulz hat dafür gesorgt, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier erstmals eine wirklich wichtige und vernehmbare Stimme innerhalb der europäischen Institutionen bekamen.

Und Martin Schulz redet Klartext und scheut auch keinen Konflikt. Legendär war sein Auftritt 2003 im Europaparlament, als er den umstrittenen italienischen Ministerpräsidenten und Medienmogul Silvio Berlusconi frontal für seine Politik kritisierte. Berlusconi verglich ihn daraufhin mit einem Nazi-Kapo im Konzentrationslager. Schulz wurde danach schlagartig weltweit bekannt.

Martin Schulz ist immer einer von uns geblieben. Nie abgehoben. Er redet mit den Menschen auf Augenhöhe – so wie er auch mit allen wichtigen Staatsmännern und -frauen in Europa und weltweit auf Augenhöhe verhandelt.

Mit Martin ist die Zuversicht auf Erfolg gewachsen. Er bringt neue Kraft und Spaß in unseren Wahlkampf.

Wir wollen gewinnen! Wir wollen, dass Martin Schulz im Herbst ins Kanzleramt geht. Wir schicken die Merkel-Raute in Rente!

Vielen Dank.